



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 20.07.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Nachtrag 2011
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 276/11

Empfehlungsbeschluss:

Aufgrund der §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung wird folgende Nachtragshaushaltssatzung 2011 erlassen:

§ 1

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird durch den Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert: Es erhöhen bzw. vermindern sich

- | | | |
|---|---|----------------|
| (1) die Einnahmen und Ausgaben
des Verwaltungshaushalts
des Vermögenshaushalts | je um +) 9.430.050 EUR auf 294.620.000 EUR
je um -) 1.783.100 EUR auf 32.877.500 EUR | |
| (2) der Gesamtbetrag der vorgesehenen
Kreditaufnahmen für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen
(Kreditermächtigung) | unverändert | 0 EUR |
| (3) der Gesamtbetrag der
Verpflichtungsermächtigungen | um +) 2.094.500 EUR auf | 12.045.500 EUR |

§ 2

Kassenkredite

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

§ 3

Gemeindesteuern

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

§ 4

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) erläutert und veranschaulicht die Vorlage. Er legt dabei den Fokus auf die haushaltswirksamen Veränderungen. Besonders positiv hebt er die Entwicklung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer hervor und erläutert die weiteren Mehreinnahmen. Im Vergleich zu den Planungen könne der Ansatz für die Gewerbesteuereinnahmen um ca. 8 Mio. € erhöht werden. Das bisherige Defizit im Verwaltungshaushalt könne ausgeglichen und zudem eine positive Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von 2,7 Mio. erzielt werden. Durch die Globale Minderausgabe hätten 800.000 € eingespart werden können. Die positiven Entwicklungen ermöglichten, dass diese nun aufgehoben werden könne. Herr Kistler merkt an, dass es zudem sehr erfreulich sei, dass man bei einem Bauspardarlehen eine Sondertilgung in Höhe von 750.000 € vornehmen könne und somit die Schulden der Stadt reduziert habe. Er fasst zusammen, dass die Entnahme aus Rücklagen insgesamt noch 3,9 Mio. € betrage, dies bedeute eine Entlastung der Rücklage um 7,8 Mio. € gegenüber der Haushaltsplanung. Der Schuldenstand verringere sich kontinuierlich. Bei einer Pro-Kopf Verschuldung von 451€ liege man, bei vergleichbarer Größenklasse, weit unter dem Landesdurchschnitt.

Stadträtin **Kopf** wertet das Ergebnis sehr positiv und hält es für eine gute Basis. Diese Entwicklungen seien auch erforderlich, da im BSS kostenintensive aber nachhaltige Beschlüsse gefasst würden.

Stadtrat **Dr. Bohn** wartet auf einen Kostenausgleich von Bund und Land für den Ausbau der U3-Betreuung. Dies sei zur Entlastung der Kommunen unerlässlich. Er macht deutlich, dass im Kinderbetreuungsbereich sehr hohe Kosten anfallen, aber man diesen Ausbau ausdrücklich befürworte. Er führt aus, dass die getätigten Einsparungen von 5% vor allem die Vereine sehr stark belasteten. Er könne sich vorstellen, die Einschränkungen insbesondere in den Bereichen Sport und Kultur auf Grund der positiven Entwicklungen zu mildern.

EBM **Seigfried** betont die außerordentliche Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement. Dies sei ein wichtiger Bestandteil des Gemeinwesens und müsse unterstützt werden. Er bestätigt eine günstige Haushaltslage und eine gut funktionierende Wirtschaft, warnt aber gleichzeitig davor, zu optimistisch zu sein. Man sei strukturell unterfinanziert und könne nun nicht die falschen Signale nach außen setzen.

Für Stadtrat **Glasbrenner** stellen sich die Zahlen nicht gleichermaßen erfreulich dar. Höhere Einnahmen in der Gewerbesteuer sorgen für ein verfälschtes Bild, da diese in den Folgejahren so nicht zu wiederholen seien. Man habe zudem große Investitionen nicht im Kernhaushalt abgewickelt, sondern in Tochtergesellschaften ausgegliedert. Sehr kritisch betrachtet er die Entnahme aus der Rücklage in einem wirtschaftlich starken Jahr. Er warnt vor zu großem Optimismus und hält die Globale Minderausgabe weiterhin für erforderlich. Es sei auch in Zukunft mit hohen Ausgaben zu rechnen. Der Verwaltungshaushalt würde künftig nicht die notwendigen Überschüsse erwirtschaften, um sich selbst zu tragen.

Die Stadträte **Kirnbauer** und **Dr. Vierling** haben detaillierte Fragen zu einzelnen Positionen, die Herr **Lämmermeier** (FB Bildung, Familie, Sport) im Anschluss erläutert.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont weiter, dass die Konsolidierungserfolge noch nicht ausreichen. Er bittet um einen Überblick über die wichtigsten Änderungen im Bereich des BSS. Wichtig sei das Bekenntnis zu und das Bewusstsein für die hohen Kosten, die im Kindergartenbereich zu erwarten seien.

Stadtrat **Heer** ist froh darüber, dass die Haushaltslage im Ganzen nicht mehr so angespannt sei und sich die Zahlen positiv entwickelt hätten. Jedoch gäbe es auch Bereiche, in denen Mehrausgaben zu verzeichnen seien. Eine Lockerung der Globalen Minderausgabe ist für ihn nicht denkbar. Man müsse dafür sorgen, dass man in Zeiten schlechterer wirtschaftlicher Entwicklungen ebenfalls handlungsfähig sei. Er empfiehlt, die Überschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden, da diese den Steuerzahler ebenfalls viel Geld kosteten.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert daran, dass der Nachtragshaushalt die Funktion einer aktualisierten Planung habe. Dieser solle Veränderungen, die im Laufe des Jahres entstehen, beinhalten. Er merkt an, dass die Stadtverwaltung Ludwigsburg zum Nachtragshaushaltsplan nicht gesetzlich verpflichtet sei, da die Haushaltslage verbessert werden konnte. Herr Kiedaisch erläutert, dass die Globale Minderausgabe ein Bekenntnis im Rahmen der Haushaltsplanung sei, im laufenden Jahr zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen umsetzen zu wollen. Beispielhaft zählt er einige Einsparungen auf. Dem Regierungspräsidium sei bei der Haushaltsplanung zugesagt worden, die Globale Minderausgabe im Nachtragshaushalt zu konkretisieren, dies sei hiermit geschehen. Er beteuert jedoch, dass die Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren nicht erledigt sei. Die Entwicklungen unterstützten lediglich die Konsolidierung. Derartige Gewerbesteuererinnahmen seien in Zukunft sicher nicht wiederholbar. Wenn Erwägungen bestünden, die Kürzung von Zuschüssen rückgängig zu machen empfehle er, dies im Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen 2012 zu tun.

Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) kündigt eine Wohnsitzkampagne an. Man beabsichtige insbesondere Studenten dazu zu bewegen, ihren Erstwohnsitz in Ludwigsburg anzumelden. Man wolle Anreize schaffen und dabei die lokale Wirtschaft einbeziehen. Nähere Informationen kündigt er für den Herbst 2011 an.

Stadtrat **von Stackelberg** erkundigt sich, ob die Auflage „Erstellen eines Finanzplanes“, die an den SV Oßweil in Verbindung mit einer Darlehensgewährung gestellt wurde, erfüllt worden sei.

EBM **Seigfried** bestätigt den Eingang des Finanzplanes.

Auf Nachfrage sichert Herr **Kiedaisch** dem Gremium zu, eine Übersicht über die realisierten Kürzungen im Förderbereich zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss an diese Aussprache lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen. Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

TOP 1.1

Nachtrag 2011 - Anlage

Vorl.Nr. 277/11

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 2.1 bis 2.4.

TOP 2.1 **Katholisches Kinder- und Familienzentrum St.
Martin in der Uhlandstraße
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt EBM **Seigfried** Herrn **Wunram** (Kindergartenbeauftragter der katholischen Kirche) und Frau **Klein** (Leiterin des Kinder- und Familienzentrums St. Martin).

Als Kinder- und Familienzentrum arbeite die Einrichtung St. Martin nun seit einem Jahr. Frau **Klein** erläutert anhand einer Präsentation und einem Booklet die Arbeitsweise im Kinder- und Familienzentrum. Dabei erläutert sie insbesondere die Strukturen, berichtet von realisierten Projekten und weist auf das Tagesmütterprojekt hin, das in Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterverein realisiert wird.

EBM **Seigfried** bringt seine Begeisterung über die geleistete Arbeit zum Ausdruck. Die Entwicklung eines „Kindergarten plus“ auf dem Wege zum Kinder- und Familienzentrum sei beeindruckend und durchweg positiv. Neue Projekte insbesondere die Kooperation mit dem Tagesmütterverein befürwortet er.

Stadträtin **Kopf** bedankt sich für die gute Arbeit und betont, dass die Einrichtung sehr zukunftsorientiert ausgerichtet sei und bereits viel geschaffen hätte. Sie erkundigt sich sowohl nach der Sprachförderung in der Kindertagesstätte als auch nach den Weiterentwicklungsplänen und -möglichkeiten des Kindernestes.

Stadtrat **Daferner** findet die Projektorientierung und die Vernetzung insbesondere mit Einbeziehung der Eltern und dem Tagesmütterverein ausgezeichnet und bedankt sich hierfür. Dies sei ein positives Beispiel für weitere Einrichtungen.

Stadtrat **Kirnbauer** bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und das Engagement. Gespannt erwarte er die weitere Entwicklung.

EBM **Seigfried** erkundigt sich nach dem Stand der Baumaßnahmen.

Stadtrat **Dr. Vierling** lobt die Aktivitäten und berichtet von persönlichen positiven Erfahrung mit der Einrichtung St. Martin. Er erkundigt sich nach den Höchstzahlen des Kindernestes und möchte wissen, ob es Reibungen zwischen innovativen Modellen und bewährten Einrichtungen gebe.

Stadtrat **Heer** befürwortet den Ausbau von Kinder- und Familienzentren. Es sei richtig diese einzurichten, da auf diese Art viele gute Angebote realisiert werden könnten. Bezüglich der Begleitung durch Tagesmütter erkundigt er sich nach der Finanzierung.

Stadträtin **Lange** schließt sich den Vorrednern an und lobt das beachtliche Engagement.

Frau **Klein** und Herr **Wunram** gehen auf die Fragen des Gremiums ein und erläutern insbesondere das Verfahren der Sprachförderung. Herr Wunram führt weiter aus, dass die Bauanträge bereits abgegeben seien und die Ausschreibungen gegenwärtig liefen. Der Umbau der Bestandseinrichtung beginne in den Sommerferien, die Hochbauarbeiten entsprechend später. Vorübergehend müsse jedoch auch eine Auslagerung des Kinder- und Familienzentrums erfolgen. Herr Wunram erklärt weiter, dass das Kindernest sehr gut im Alltag der Kindertagesstätte integriert sei und eine intensive Zusammenarbeit bestehe. Weiter führt aus, dass das Kindernest auch künftig keine wirtschaftliche Größe annehmen könne, sondern auf Grund der räumlichen Gegebenheiten auf 5-7 Kinder begrenzt bleiben werde.

TOP 2.2

**Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger;
Bericht der Bundesregierung 2011 nach §24a
Abs. 5 SGB VIII über den Stand des Ausbaus für
ein bedarfsgerechtes Angebot an
Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei
Jahren für das Berichtsjahr 2010**

Vorl.Nr. 310/11

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erklärt, dass man bei Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder vorangekommen sei, dass der Rechtsanspruch derzeit jedoch noch nicht erfüllt werden könne. Für den weiteren Ausbau seien nun noch weitere entscheidende Maßnahmen notwendig. Er geht dabei insbesondere auf den 2. Zwischenbericht zum Evaluationsbericht des Kinderförderungsgesetzes ein und fasst zusammen, dass der Ausbau zwar vorangekommen sei, aber die Ausbaudynamik bundesweit nicht ausreiche, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Er bemängelt dabei die ungleiche Verteilung der Finanzlast. Die Kommunen trügen die Hauptlast mit einem Anteil von zwei Dritteln. Er erinnert, dass der Rechtsanspruch ab dem 01.08.2013 für jedes Kinder ab einem Jahr gelte. Aus dem Evaluationsbereich gehe weiter hervor, dass die Nachfrage bundesweit höher sei als erwartet. Entgegen 34% sei nun mit einer Nachfrage von 38% zu rechnen. Weiter erklärt er, dass eine Telefonumfrage beabsichtigt sei, um valide Daten für den Ludwigsburger Bedarf zu erhalten. In Kooperation mit der Evangelischen Hochschule würde sehr präzise die Zielgruppe angesprochen werden. Mit Ergebnissen sei im September zu rechnen. Auf dieser Grundlage könne man die Ludwigsburger Nachfrage sehr detailliert prognostizieren. In der Schulentwicklungsplanung würden ebenfalls weitere Zahlen ermittelt. EBM Seigfried weist neben den finanziellen Schwierigkeiten zudem auf einen Fachkräftemangel im Bereich der Erzieherinnen hin.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt einen Überblick über den aktuellen Stand der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren dar und geht dabei auf die einzelnen Platzkategorien ein. Im Jahre 2008 sei man mit einem Versorgungsgrad von 15% gestartet. Ende des Jahres 2011 habe man bereits 581 Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung, was einer Versorgungsquote von 23,4% entspreche. Sie legt dem Gremium die Entwicklungsschritte in den einzelnen Jahren dar und präsentiert dabei Bilder realisierter Umbaumaßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig gewesen seien. Um einen Versorgungsgrad von 34% bis zum Jahre 2013 zu realisieren, seien jedoch noch weitere Aufstockungsmaßnahmen erforderlich. Sie fasst zusammen, dass der Rechtsanspruch insgesamt durch die Einrichtung einer zweiten Spielgruppe, dem Ausbau von Kindernestern und der Tagespflege, dem Ausbau durch private Träger, dem Abbau von Hortplätzen und durch Umsetzung beschlossener Maßnahmen realisiert werden

könne. Außerdem seien vier weitere Krippengruppen notwendig, für die es noch keinen Beschluss gebe. Die Telefonumfrage sei im Vorfeld ein wichtiges Instrument, um kontrollieren zu können, ob Planung und Realität übereinstimmen.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass es sich bei der vorgestellten Darstellung um eine modifizierte Zeitplanung handle. Sollte die Nachfrage höher sein, als die bisher angenommenen 34%, reichte diese Zielplanung nicht aus. Bei einem gesteigerten Bedarf um mehr als 5 % gegenüber den bisherigen Planungen halte er die Umsetzung für unmöglich. Sowohl finanziell als auch räumlich seien hier die Grenzen nicht mehr erweiterbar. Die Kindertagespflege sei als Ergänzung nicht nur deshalb inzwischen wieder interessanter geworden. Dieses Interesse bestehe sowohl für Tagesmütter als auch für Eltern. Das Modell der Kindernester werde ebenfalls gut angenommen, sodass drei weitere geplant würden. Die Einbeziehung dieser Möglichkeiten stelle bereits eine Anpassung der Planung dar. Die ursprünglich angenommenen 30% der Kindertagespflege halte er nicht mehr für realistisch erreichbar. Deshalb habe man dem Gremium nun diese Anpassung vorgeschlagen. Man werde in bisher nicht gekanntem Ausmaß auf private Träger setzen. Diese würden für die städtische Bedarfsplanung angeworben. Er kündigt an, dass man bereits zum 01.01.2012 beabsichtige, eine private Einrichtung mit 30 Plätzen in die Planung mit aufzunehmen und dies weiter auszubauen. Ab dem Jahr 2013/14 sollen zudem in den Hortgruppen keine Kinder mehr aufgenommen werden und diese in den darauf folgenden Jahren auslaufen und geschlossen werden, um statt dessen Plätze im Betreuungsbereich für Kleinkinder zu schaffen. Mit der Umstrukturierung der Schulen zu Ganztageschulen sei damit zu rechnen, dass Horte nicht mehr notwendig seien. Dies sei jedoch eine politische Entscheidung. Er kündigt an, mit der Ergänzung der validen Kinderzahlen, den Ergebnissen der Telefonumfrage und vor dem Hintergrund der haushaltsmäßigen Darstellung in die Haushalts- und Finanzplanung zu gehen und sichert zu, dem Gremium die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Das Gremium wünscht keine weitere Aussprache.

TOP 2.3

Mietzuschuss für Tagesmütter e.V.

Vorl.Nr. 221/11

Abweichender Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg übernimmt 50% der Miet- und Nebenkosten der Geschäfts- und Beratungsstelle des Tagesmütter e.V. Landkreis Ludwigsburg in der Bahnhofstraße 31 (derzeit 11.388,- € pro Jahr).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein eine Leistungsvereinbarung abzuschließen, die die Kooperation mit den Ludwigsburger Kinder- und Familienzentren festschreibt, die Mitwirkung beim Aufbau der Kindernester sowie die Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.
3. Der Verein legt jährlich einen Jahresbericht vor.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Schaupp** (FB Bildung, Familie, Sport) führt aus, dass die Kooperation mit dem Tagesmütterverein sehr gelungen sei. Es fände ein reger Austausch statt und der Ausbau der Kindertagesstätten funktioniere sehr gut.

EBM **Seigfried** führt dies näher aus und hält die Zahl der dort betreuten Kinder für nennenswert. Er erklärt, dass seit 2008 bis heute die Anzahl der Plätze von 94 auf 120 gesteigert werden können. Er merkt an, dass auch Kindergartenkinder von Tagesmüttern betreut würden. Auch von Schulkindern würde die Kindertagespflege in Anspruch genommen. Er lässt einen geänderten Beschlussvorschlag vorlegen, der neben dem Mietzuschuss eine Leistungsvereinbarung beinhalte und auch den Jahresbericht konkretisiere.

Stadtrat **Meyer** hält den Tagesmütterverein und dessen Engagement für wichtig. Das Angebot stelle eine individuell flexible Lösung für die Eltern dar. Er könnte sich vorstellen, durch Platzsharing eine größere Zahl von Kindern unterzubringen, wenn Eltern keinen vollen Platz beanspruchten.

Stadtrat **von Stackelberg** hält den Tagesmütterverein für einen wichtigen Partner und bedeutenden Baustein im Betreuungskonzept der Stadt Ludwigsburg. Er geht davon aus, dass der Bedarf in Zukunft steigen wird und hält es für wichtig, dass der Verein eine planbare Finanzierung habe.

Stadtrat **Kirnbauer** sieht die Gefahr explodierender Mietkosten. Der private Vermieter könnte den Beschluss eines 50%-igen Mietzuschusses nutzen, um die Miete anzuhängen. Er plädiere deshalb für die FW-Fraktion dafür, den Mietzuschuss in konkreten Zahlen festzuschreiben.

Stadträtin **Klett-Heuchert** befürwortet den Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterverein. Eine enge Kooperation sei notwendig, um die Qualität zu gewährleisten. Deshalb sei auch der Mietkostenzuschuss angebracht.

Stadtrat **Heer** hält den Tagesmütterverein für wichtig und erkundigt sich nach der Einbindung privater Träger. Hierbei sieht er insbesondere die Kreissparkasse Ludwigsburg als großen Arbeitgeber in der Pflicht.

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass bei externer Betreuung 68% der Kosten eines Krippen- und 63% der Kosten eines Kindergartenplatzes von der Stadt übernommen würden und man zu einigen Unternehmen im regen Kontakt stehe, um dieses attraktive Angebot zu bewerben. Jedoch habe bisher kein konkreter Partner gewonnen werden können. Es gäbe mehrere ambitionierte Anbieter, die an einem Standort Ludwigsburg interessiert seien, es fehle noch am konkreten Kooperationsunternehmen. Eine solche Kooperation würde EBM Seigfried sehr begrüßen.

EBM **Seigfried** lässt zunächst über den geänderten Antrag der Freien Wähler abstimmen.

Anschließend stellt er den abweichenden Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

TOP 2.4

Trägerwechsel des Gustav-Franck-Kindergarten
in der Talstraße

Vorl.Nr. 303/11

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Trägerwechsel des städtischen Gustav-Franck-Kindergarten in
Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 20.07.2011

der Talstraße zur evangelischen Kirche für das Kindergartenjahr 2013/2014 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 11 Nein 4 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert einleitend die Situation des evangelischen Kindergartens in der Oberen Marktstraße. Er hält zusammenfassend fest, dass die Situation für die Kindertageseinrichtung dort nicht mehr tragbar sei. Eine Erweiterung oder Renovierung an diesem Standort sei unter wirtschaftlichen Aspekten ebenfalls nicht zu realisieren. Er führt aus, dass die Evangelische Kirchengemeinde in einem Gespräch vermittelt habe, dass ihnen viel daran gelegen sei, weiterhin einen Kindergartenstandort in der Innenstadt zu haben. Prüfungen hätten jedoch ergeben, dass ein Neubaustandort in der Innenstadt nicht vorhanden sei. Als Alternative sei ein Trägerwechsel denkbar, für den insbesondere der Kindergarten in der Talstraße in Frage komme. Weiter erläutert EBM Seigfried das bisherige und weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit. Er beteuert, dass er um Ängste und Befürchtungen der Betroffenen wisse und die Stadt für diese Anliegen sensibilisiert sei. Der Trägerwechsel sei eine langfristige Angelegenheit. Als Zeitziel seien deshalb die Jahre 2013/2014 anvisiert. Den Mitarbeiterinnen werde zugesichert, bei der Stadt bleiben zu können, wenn dies deren Wunsch sein sollte. Für den Fall des Arbeitgeberwechsels werde man eine Fortführung des Arbeitsverhältnisses durch die evangelische Kirche zu gleichen Bedingungen zusichern. EBM Seigfried beteuert die Bedeutung der Anliegen der Beteiligten und sichert zu, diese ernst zu nehmen. Um den Prozess gut zu gestalten soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

Stadträtin **Kopf** bestätigt, dass die Situation in der Oberen Marktstraße sehr ungünstig sei und die Räumlichkeiten nicht ausreichen. Sie persönlich halte die evangelische Kirche für einen kompetenten Träger. Dieser habe viele Kindertageseinrichtungen und beweise in diesen, dass er auch mit unterschiedlichen Religionen und Kulturen gut umgehen könne. Sie begrüßt den von der Stadt dargelegten Umgang mit Mitarbeitern und Eltern und plädiert bei allem Verständnis für einen „bruchlosen Übergang“ dafür, der evangelischen Kirche nicht zu enge Vorschriften zu machen, sondern die Weiterentwicklung der Einrichtung zu ermöglichen.

Stadtrat **von Stackelberg** befürwortet den Vollzug des Trägerwechsels ebenfalls. Er betont, dass die Bedingungen des Übergangs sehr wichtig seien. Gespräche mit den Eltern und den Umgang mit Mitarbeitern nennt er hierfür beispielhaft. Die Gründung eines Arbeitskreises hält er für den richtigen Schritt. Er befürwortet den angestrebten Zeithorizont. Dieser sei wichtig, um die erforderlichen Gespräche zu führen. Er wünscht sich regelmäßige Informationen über die Entwicklungen. Die Stadt solle die Rolle des Mediators einnehmen und die unterschiedlichen Interessen angemessen berücksichtigen.

Stadtrat **Kirnbauer** bemängelt die späte Einbeziehung der Eltern in die Vorgänge und Planungen. Er schlägt als Kompromiss vor, erst Gespräche mit den Eltern zu führen und auf deren Grundlage einen Beschluss über den Trägerwechsel zu fassen.

EBM **Seigfried** beteuert, dass mit diesem Beschluss nicht über den Trägerwechsel entschieden werde, sondern über das Bestreben, diesen in Angriff zu nehmen. Er betont die Bedeutung der

politischen Legitimation, um in diese Verhandlungen erst einzutreten zu können. Das Ergebnis der Verhandlungen werde dann wieder im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgestellt, insbesondere, wenn man zu keinem einmütigen Ergebnis gelange oder sich Zielkonflikte bemerkbar machten.

Stadtrat **Glasbrenner** möchte den Übergang nicht grundsätzlich ausschließen. Bürger- und Elternbeteiligung hält er an dieser Stelle für sinnvoll und angebracht, da ein greifbarer Personenkreis betroffen sei, der gezielt frühzeitig miteingebunden werden könne. Erst nach den Gesprächen und einem Bericht im Ausschuss könne letzterer einen Beschluss fassen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sichert die gewünschte politische Legitimation zu. Veränderungen seien hin- und wieder unumgänglich, müssten dann jedoch mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl vollzogen werden. Sie erkundigt sich zudem nach den Beschäftigungsperspektiven für die Mitarbeiterinnen in der Oberen Marktstraße.

Stadträtin **Lange** hält die Variante der Gesprächsführung nach der Beschlussfassung ebenfalls für unglücklich und verweist auf ihren Antrag, Vorl. Nr. 342/11. Die Eltern seien unzufrieden und dies sei im Vorfeld nicht berücksichtigt worden.

EBM **Seigfried** fordert vom Gremium erneut eine klare Legitimation, um den Prozess anzustoßen. Die Entscheidung über den Trägerübergang sei damit noch nicht endgültig gefallen. Von Seiten der Evangelischen Kirche sei es nicht um Arbeitsplätze gegangen. Er könne für deren Mitarbeiter keine Zusicherungen machen, betrachtet dies jedoch unproblematisch. Die Obere Marktstraße würde noch so lange erhalten bleiben, wie dort Nachfrage bestünde.

Im Anschluss an die Aussprache lässt EBM **Seigfried** zunächst en bloc abstimmen über den dem Gremium vorliegenden Antrag der Stadträtin **Lange**, Vorl. Nr. 342/11, sowie über den Antrag von Stadtrat **Kirnbauer**, der ebenfalls darauf abzielt, einen Beschluss zur Vorl.Nr. 303/11 erst nach dem Elterngespräch am 25.07.2011 zu fassen.

Die Anträge werden gemeinsam mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 303/11 zur Abstimmung.

TOP 2.4.1

Trägerwechsel Gustav-Franck-Kindergarten
- Antrag der Stadträtin Lange vom 19.07.2011

Vorl.Nr. 342/11

Antragstext:

Die von der Stadt geplante Übernahme der Betriebsträgerschaft des Gustav-Franck-Kindergartens von der Stadt auf die Evangelische Kirche wird zurückgestellt bis das mit den betroffenen Eltern und Erzieherinnen geplante Gespräch am 25. Juli stattgefunden hat und der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Gesprächsergebnisse informiert wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 20.07.2011

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 4 Nein 11 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.4.

TOP 3

**Wohngebiet Rotbäumlesfeld/Wieselweg -
Bolzplatz Jugendfarm**

Vorl.Nr. 305/11

Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) macht einleitend Ausführungen zum Sachverhalt und stellt die örtliche Situation vor. Insgesamt gäbe es in diesem Bereich drei Zielgruppen die aufeinander träfen. Zum einen motorisierte junge Erwachsene, die sich in diesem Bereich aufhielten und zum Teil dadurch auffielen, dass sie Alkohol konsumierten und Lärm erzeugten. Zum anderen Jugendliche, die in diesem Bereich wohnten und spielten, jedoch weitgehend nicht negativ auffielen. Als dritte Zielgruppe benennt er die Kinder auf dem Kinderspielplatz. Er führt aus, dass sich die Situation inzwischen verbessert habe, da in diesem Bereich nun ein Polizeiposten angesiedelt sei. Zudem hätten durch Maßnahmen, die in Kooperation mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung durchgeführt worden seien, Verbesserungen erzielt werden können. Der Grüngürtel diene als reger Treffpunkt und führe neben Lärm- und Abfallbelastigungen zu einem subjektiven Unsicherheitsgefühl der Anwohner. Herr Reichert stellt weiter dar, dass man in der Jugendförderung versucht habe, die verschiedenen Zielgruppen in andere Bereiche zu locken. Dies sei ansatzweise gelungen, jedoch für die Anlieger trotzdem noch sehr störend. Ein Versuch, die Anwohner mit einzubeziehen und im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements zu motivieren, scheiterte weitgehend daran, dass die Anwohner berufstätig und deshalb tagsüber nicht anwesend seien. Nach Abwägung verschiedenster Varianten sei als mögliche Gestaltungsfläche der Bolzplatz bei der Jugendfarm gefunden worden. Problematisch sei jedoch, dass dieser keinen Zugang zum Wohngebiet habe. Wichtig sei, dass das Gelände von der Jugendfarm abgesichert sei. Als Maßnahmen beabsichtige man, einen Zaun zu bauen und ein Konzept zu erstellen, mit dem Bestandteil, die Jugendlichen sozialpädagogisch zu begleiten.

EBM **Seigfried** merkt an, dass man nicht beabsichtige, alle Jugendlichen auf den Bolzplatz zu locken. Man verspreche sich jedoch von der Maßnahme die Entlastung der Knotenpunkte durch weitere Angebote.

Stadtrat **Kromer** betrachtet das Konzept in der praktischen Umsetzung kritisch und führt seine Bedenken detailliert aus. Insbesondere die Verlagerung problematischer Jugendlicher in die gut funktionierende Jugendfarm, die zu erwartenden Verunreinigungen sowie eventuelle Gefährdungen der Jugendfarm-Tiere durch Lärm und Verunreinigungen gelte es zu berücksichtigen. Er wünsche sich keine Problemverlagerung, sondern eine Problemlösung.

Stadtrat **Dr. Bohn** merkt an, dass es für solche Konstellationen keine Patentrezepte gebe und man das Konzept in enger Abstimmung mit den Beteiligten ausprobieren müsse. Bei erkennbarem Misserfolg müsse man eben abbrechen. Er bedankt sich für die Offenheit der Jugendfarm und

betont, dass diese durch die Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden dürfe.

Stadträtin **Moersch** begrüßt die Öffnung der Jugendfarm und legt Wert darauf, dass diese klar abgegrenzt werde. Sie wünscht sich von den Jugendlichen mehr Rücksichtnahme und sieht eine dringende Notwendigkeit zum Handeln. Sie sieht die Polizei, den Fachbereich Sicherheit und Ordnung, die Jugendförderung und die Anwohner als wichtige Partner dieser Aufgabe. Die Müllproblematik müsse unbedingt angepackt werden.

Stadträtin **Klett- Heuchert** befürwortet das geplante Vorgehen. Bolzplätze seien nie eine falsche Entwicklung und durchweg nachgefragt. Sie betont die Bedeutung sozialpädagogischer Betreuung und die Begleitung durch die TDL, insbesondere in der Anschubzeit.

Stadtrat **Heer** findet die Maßnahme der Einzäunung des Fußballplatzes nicht weitreichend genug. Er wünscht sich nicht nur eine Einzäunung, sondern ein fundiertes, umfassendes Konzept. Spätestens im Rahmen des Bauvorhabens müsse dieses konkretisiert werden. Er benennt den Bolzplatz in Eglosheim als positives Beispiel, das auch für diesen Bereich angebracht sein könnte.

Stadträtin **Lang** verliest ihren Antrag, Vorl. Nr. 343/11, und stellt diesen ausführlich dar.

EBM **Seigfried** weist deutlich darauf hin, dass nicht der Eindruck von Jugendfeindlichkeit entstehen solle und dürfe. Man dürfe die Problematik nicht verallgemeinern. Er bestätigt, dass eine weitere Aktivierung nur unter pädagogischer Begleitung möglich sei.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) führt aus, dass Gespräche mit den Verantwortlichen der Jugendfarm stattgefunden hätten und diese ergeben hätten, dass eine funktionierende Zaunanlage Voraussetzung sei, um Angebote machen zu können und weitere Schritte einzuleiten.

Herr **Schober** (Vorstandsmitglied der Jugendfarm) bestätigt, dass die Jugendfarm von den beschriebenen Problemen betroffen sei. Besonders gravierend sei der Aspekt der Vermüllung. Auf dem Platz dürften spielende Kinder nicht durch Müll gefährdet werden.

EBM **Seigfried** sagt nach Abschluss der Aussprache zu, nach der Sommerpause 2011 mit einem weiter ausgearbeiteten Konzept wieder in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu kommen. In diesem Zusammenhang würden dann auch die Anträge 214/11 und 343/11 wieder aufgerufen.

Der TOP 3 wird bis nach den Sommerferien vertagt.

TOP 3.1

Jugendfarmverein Ludwigsburg e.V.
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2010

Vorl.Nr. 214/10

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert einleitend die Vorl. Nr. 281/11. Er geht dabei insbesondere darauf ein, dass mit dieser Vorlage die Eckpunkte für neue Sportförderrichtlinien festgelegt würden, die anschließend mit dem Stadtverband für Sport abgestimmt werden sollten. Die gegenwärtig geltenden Richtlinien seien bereits sehr gut und großzügig. Es sei jedoch im Rahmen der Evaluierung der Sportentwicklungsplanung von der Planungsgruppe vorgeschlagen worden, die Förderrichtlinien zu verschlanken und diese mit einer Neuauflage zu überarbeiten. Es solle dabei darauf geachtet werden, dass die Sportvereine weiterhin Hauptnutznier bleiben, jedoch auch Projekte, die außerhalb von Vereinen realisiert würden, die Möglichkeit zu Förderung bekämen. Herr Fröhlich geht nachfolgend auf die einzelnen Tatbestände und deren angestrebte Veränderungen ein.

Stadtrat **Kromer** hält die geltenden Sportförderrichtlinien für eine Stärke der Ludwigsburger Sportentwicklungsplanung, ein Überdenken sei jedoch angebracht. Die Neufassung müsse ein Steuerungselement zur Umsetzung der Empfehlungen des Sportentwicklungskonzeptes sein. Zur Entscheidungsfindung benötige er jedoch zunächst eine übersichtliche Gegenüberstellung der gegenwärtigen Sportförderrichtlinien aus dem Jahre 2001 und der vorgeschlagenen Neukonzeption. Aus dieser Gegenüberstellung sollen die Veränderungen deutlich hervorgehen. Weiter fordert Stadtrat Kromer eine Übersicht über die dadurch entstehenden Verschiebungen und Umschichtungen der Zuschüsse in den jeweiligen Bereichen. Die Abstimmung mit dem Stadtverband für Sport habe für die CDU-Fraktion eine bedeutende Rolle. Heute könne man nur den Beschluss fassen, die Förderrichtlinien zu überarbeiten. Eine detaillierte Abstimmung einzelner Eckpunkte bedürfe ausführlicherer Diskussion und intensiverer Gespräche. Weiter macht Stadtrat Kromer Ausführungen zu einzelnen geplanten Veränderungen und unterstützt insbesondere die Änderungen beim Personalkostenzuschuss für die Geschäftsstelle und die Forderung nach mehr Eigenkapital bei Vereinsheim-Neubauten.

EBM **Seigfried** führt aus, dass er nicht in die Diskussion mit dem Stadtverband für Sport treten wollte, ohne vorher das politisch verantwortliche Gremium anzuhören. Der Austausch mit dem Stadtverband für Sport sei jedoch selbstverständlich unerlässlich. EBM Seigfried sichert eine Übersicht über die angestrebten Veränderungen der Förderrichtlinien und die finanziellen Verschiebungen zu.

Für Stadtrat **von Stackelberg** stellt die Beschlussvorlage einen Zwischenschritt dar, der jedoch noch viele Fragen offen lasse. Eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen finde auch er sehr wichtig. Er spricht sich für eine Kompetenzerweiterung des Stadtverbands für Sport aus. Dieser könne seiner Ansicht nach durchaus Fördermittel bis zu einer gewissen Höhe vergeben und den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales dadurch entlasten. Für die SPD-Fraktion liege

der Förderschwerpunkt im Jugendbereich. Eine Reduzierung der Grundförderung stelle für ihn eine verkappte Mitgliedsbeitragserhöhung dar. Er könnte sich ein Haus des Sports vorstellen, in dem Dienstleistungen für Vereine angeboten werden, um diese zu entlasten. Er macht zudem Ausführungen zu einzelnen Fördertatbeständen und plädiert dafür, die Leistungssportförderung nicht zu streng zu handhaben, um den Vereinen eine breite Wertschätzung zukommen zu lassen.

Stadtrat **Glasbrenner** findet es wichtig, dass die Förderrichtlinien für Sport mit den Förderregularien im Bereich Kultur und Musik korrespondieren und dass darüber hinaus die Richtlinien den tatsächlichen Veränderungen in der Sportlandschaft anzupassen. Er finde es sehr beachtlich, dass es in Ludwigsburg bereits seit über 45 Jahren Sportförderrichtlinien gebe. Dies sei landes- und bundesweit selten. Weiter teile er die Ansicht, dem Stadtverband für Sport mehr Kompetenzen zuzusprechen. Dieser könne beispielsweise vorab eine Einschätzung der neuen Richtlinien vornehmen, die dann dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgestellt werde. Insofern wolle er auch heute keine fixen Eckpunkte festlegen, die den Stadtverband für Sport dann in seiner Stellungnahme einengten.

Stadträtin **Klett- Heuchert** erklärt, sie sei seither von einer Verringerung der Kosten durch die neuen Förderrichtlinien ausgegangen. Darüber, dass man nunmehr finanziell auf dem gleichen Stand bleiben werde, sei ihre Fraktion geteilter Meinung. Sie wünscht sich eine Übersicht über die Förderung von Vereinsheimneu- und -umbauten der letzten zehn Jahre. Die Vergabe von Fördermitteln für innovative Projekte sehe sie – anders als ihre Vorredner – nicht im Stadtverband für Sport, sondern als Aufgabe des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales.

Stadtrat **Heer** vertritt die Position, dass eine Neufassung der Sportförderrichtlinien Sinn mache, dass dabei allerdings der Gesamtumfang der Förderung gleichbleiben müsse. Er wendet sich ausdrücklich gegen die Intention einiger Gremienmitglieder, den Sport in Ludwigsburg noch mehr zu fördern. Einzelne Angebote, wie beispielsweise den Gesundheitssport, sehe er ohnehin nicht als originäre Aufgabe der Stadt, sondern vielmehr der Krankenkassen. Er schließt sich dem Wunsch nach einer Übersicht über die Ausgaben an Vereine an und schlägt vor, die Zusammenlegung von Vereinen als Mittel zu prüfen, um weitere Kosten zu sparen.

Stadtrat **Meyer** weist darauf hin, dass Übungsleiter im Gesundheitssport zum Teil bereits von Krankenkassen gefördert seien. Er spricht sich dafür aus, Investitionen gezielter und nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ zu unterstützen. Konkrete Zahlen seien für die Entscheidungsfindung von großer Bedeutung. Seiner Ansicht nach seien die Vereinsgelände durch Förderungen in der Vergangenheit in einem hervorragenden Zustand, sodass man diese Mittel sparen und für die Aufbesserung der Schulhöfe nutzen sollte. Durch den Ausbau der Ganztageschulen seien Sportangebote in Schulnähe sicher sinnvoll, um Bewegungsmöglichkeiten anzubieten.

Für EBM **Seigfried** ist die entscheidende Frage, die nach dem Profil der Sportförderung. Man müsse sich entscheiden, was man fördern wolle. Es dürften keine Fehlanreize gesetzt werden. Den Stadtverband für Sport sieht er als wichtigen Vertreter der Vereine, der zwingend miteinbezogen werden müsse, ein politisches Entscheidungsgremium jedoch nicht ersetzen könne und solle.

Stadtrat **von Stackelberg** betont, dass man das Steuerungsinstrument aktualisieren und ausdrücklich nicht ein Sparprogramm auflegen wolle.

EBM **Seigfried** sagt eine Überarbeitung der Unterlagen zu und kündigt an, er werde gleichzeitig das Gespräch mit dem Stadtverband für Sport suchen.

Beschluss:

Die Spende der Kreissparkasse Ludwigsburg i.H.v. 7.000 EUR (Ifd. Nr. 14 der Anlage zur Vorl. Nr. 273/11) wird angenommen. Die weiteren in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen werden ebenfalls angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand (privat verhindert)
Stadtrat Daferner
Stadtrat Dr. Bohn
Stadtrat Kirnbauer
Stadtrat Siegmund

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dr. Vierling** erkundigt sich nach einem Projekt im Kindergartenbereich, dem „Bau einer Schwedenstube“.

EBM **Seigfried** erläutert, dass es ein Kindergartenförderprogramm der Volksbank gebe, bei dem Kindergärten Projekte einreichen könnten. Hier habe ein Ludwigsburger Kindergarten mit der „Schwedenstube“ gewonnen.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 273/11 abstimmen.